

Laudatio für Werner Ruf zum 80. Geburtstag

Berlin, d. 23. November 2017

Lieber Werner, liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen.

Ich bin um eine laudatio, also um eine Lobrede auf Werner Ruf gebeten worden. Das ist eine Ehre aber auch eine schwere Aufgabe. Denn es ist ja nicht wie bei einer Lobrede auf einen Toten, bei der man hemmungslos lügen kann, ja muss, da der Gelobte sich nicht mehr wehren kann. Zum Glück ist Werner quicklebendig und voll bei Sinnen, und er sitzt mir Aug in Aug gegenüber. D.h. für mich, pass auf.

Wir haben uns erst spät getroffen, haben nicht schon in der Sandkiste miteinander gespielt, sind uns weder in der Schule noch im Studium begegnet, schon gar nicht im späteren Beruf, da Juristen die Nähe zum Politologen eher meiden. Deshalb werde ich mich mit aller Vorsicht des Fachfremden nur dem Teil deines Lebens nähern können, in dem ich später dann auch Rede und Antwort stehen kann, deiner Forschung, über die er in seinen zahlreichen Publikationen Auskunft gibt.

Werners Forschungsschwerpunkt liegt bis heute in dem ausgedehnten Krisenbogen, der von Aghanistan über den ganzen Maghreb, Nordafrika bis zur Westsahara reicht. Das ist faktisch das Gebiet, das schon lange vor dem Antiterrorkrieg der USA im Aufruhr und Chaos der nachkolonialen Raub- und Verteilungskämpfe seine Souveränität an die großen Mächte des UNO-Sicherheitsrats verloren hatte. Ausgangspunkt war Tunesien, Bourgiba, der Bourgibismus und die Außenpolitik des unabhängigen Tunesien. Von dort wandtest du dich immer den Plätzen und Regionen zu, an denen die Unordnung zu Aufstand, Gewalt und Krieg führte: die Westsahara, die bis heute um ihre koloniale Unabhängigkeit kämpfen muss, das vom französischen Kolonialismus schwer gezeichnete Algerien, der „failed state“ Somalia und das von sozialen Kämpfen und ausländischer Intervention zerrissene Jemen, die Kriegsoffer Afghanistan und Irak bis zu den jüngsten Opfern Libyen und Syrien und dazwischen der letzte koloniale Vorposten des Westens, Palästina. Krieg, Gewalt und Chaos sind – das mag zynisch klingen, stimmt aber – besonders beliebte topoi politologischer aber vor

allem journalistischer Beschäftigung. Wo Konflikte so offen liegen, liegt auch viel Material zur Analyse, Sammlung und Einordnung herum. Aber die Motivation, sich gerade mit diesen Gewaltformen in der Gesellschaft zu beschäftigen, kommt für den Wissenschaftler noch aus einem ganz anderen Antrieb. Ich möchte ihn die Verantwortung des Intellektuellen nennen.

Vor einigen Jahren klagte der spanische Schriftsteller Juan Goytisolo: „Eins der alarmierendsten Symptome für das Übel, das unsere technisch so potenten wie moralisch bedürftigen Gesellschaften unterhöhlt, ist das allmähliche Verschwinden des Intellektuellen.“ ... „Leben wir nach der Niederlage von Nazismus und Kommunismus denn in einer so gerechten und vollkommenen Welt, dass sie ein Schweigen rechtfertigte angesichts der schwindelerregenden Abwertung der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätze der Französischen Revolution, des erbarmungslosen Kampfes um die politische, ökonomische und kulturelle Macht, der Absage an jede persönliche Verantwortung und der Gleichgültigkeit gegenüber dem unheilbaren Elend des größten Teils der Menschheit?“ ... „Was immer in der Welt geschieht, ob im Baskenland... oder in Algerien, Palästina, Albanien, Kurdistan, Ruanda, Zaire etc. pp. – es interessiert den neuen postmodernen Intellektuellen nicht allzu sehr, der satt auf seiner Sprosse hockt, den möglichen Aufstieg zu einem höheren noch komfortableren Plätzchen fest im Blick.“ Goytisolo bezog sich auf seine Kollegen, denen er den „Schriftsteller ohne Mandat“ gegenüberstellte, von dem Günter Grass in seiner Dresdner Rede „Über den Standort“ gesprochen hatte. Der Intellektuelle, der den zahllosen Angeboten und Verführungen des juste milieu seinen Internationalismus ohne Auftrag „mit harter Kritik ihrer hinfälligen Werte“ entgegensetzt.

Wir kennen diese Diskussion in unserem akademischen Gehäuse kaum, und es ist bezeichnend, dass Goytisolo diese Worte auf einem Symposium der New York University mit Susan Sonntag und Edward Said über „Die Intellektuellen und die Macht“ gehalten hat. Dort findet die Diskussion über die Verantwortung der Intellektuellen seit dem Vietnam-Krieg statt. In den USA geschah zum Beispiel das hier kaum Denkbare, dass ein Politiker, Senator James William Fulbright, das Versagen der Universitäten kritisierte, „ein wirksames Gegengewicht zum militärisch-industriellen Komplex zu bilden durch stärkere Betonung der traditionellen Werte unserer Demokratie.“ Statt dessen hätten sie sich, so Fulbright weiter, „dem

Monolith angeschlossen und tragen in hohem Maß zu dessen Macht und Einfluss bei.“ Vor allem sei es das Versagen der Sozialwissenschaftler, die „als verantwortliche und unabhängige Kritiker der Regierungspolitik handeln sollten“ und statt dessen zu Agenten dieser Politik würden. Da die Universität „ihre Unabhängigkeit aufgegeben hat, die Lehre vernachlässigt und die Wissenschaft entstellt“, könne sie „nicht nur ihrer Verantwortung für die Studenten nicht gerecht werden, sie verrät auch das Vertrauen der Öffentlichkeit.“

„Die Intellektuellen“, so Noam Chomsky ein Jahr zuvor in einer Rede über „Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen“ 1966 in Harvard, „sind in der Lage, die Lügen der Regierungen zu entlarven, die Handlungen nach ihren Ursachen, Motiven und verborgenen Absichten zu analysieren ... Für eine privilegierte Minderheit hält die westliche Demokratie die Muße, die Einrichtungen und die Ausbildung bereit, die es ihr erlauben, die Wahrheit zu suchen, die sich hinter dem Schleier von Verzerrungen und Versuchungen, Ideologie und Klasseninteresse verbirgt, unter dem die gegenwärtigen geschichtlichen Ereignisse sich uns darstellen.“ Ob sie allerdings ihr Privileg nutzen, macht den Unterschied zu jenen aus, die „bereits zu Macht und Wohlstand gekommen sind, oder die glauben, dass sie beides erreichen können, wenn sie die Gesellschaft nehmen wie sie ist und die Werte fördern, die in dieser Gesellschaft hochgehalten werden.“ Es sind dies die Fachleute, die technischen Experten, die „intellect workers“, wie sie Paul A. Baran 1961 in seinem Artikel „The Commitment of the Intellectuals“ genannt hat und Bertold Brecht „mietbare Zwerge“. Sie haben das Interesse an der Veränderung der Gesellschaft in den Konsensus über ihre eigenen Interessen eingetauscht. „Der Wunsch, die Wahrheit zu sagen“, so Paul Baran, „ist nur eine Bedingung, ein Intellektueller zu sein. Die andere ist Mut, die Bereitschaft, die rationale Untersuchung so weit zu treiben, wohin auch immer sie führen mag, ‚schonungslose Kritik‘“ und hier zitiert er Marx, „‘von allem, was existiert, schonungslos in dem Sinn, dass die Kritik weder vor den eigenen Schlussfolgerungen noch vor dem Konflikt mit den bestehenden Mächten zurückschreckt.‘ Ein Intellektueller ist somit in seinem Wesen ein Sozialkritiker, eine Person deren Anliegen es ist, zu identifizieren, zu analysieren und auf diesem Wege zu helfen, die Hindernisse zu überwinden, die den Weg zu einer besseren, humaneren und rationaleren sozialen Ordnung versperren.“

Ich will hier nur mit einem Satz an die traumatische „Vietnamkriegssucht der Westdeutschen“, wie Gerhard Zwerenz 1971 die erschreckende Solidarität mit den gigantischen Kriegsverbrechen in Vietnam geißelte, erinnern. Zwerenz: „Sie nahmen die Partei des amerikanischen Krieges, wie sie es gelernt hatten, treu, deutsch und faschistisch. Wer dem Krieg widersprach, wurde zum Feind erklärt.“ Die beunruhigende Frage stellt sich aber jetzt, wo ist die harte Kritik von den akademischen Lehrstühlen an den manifesten Kriegsverbrechen von Jugoslawien über Afghanistan, den Irak bis Libyen, Syrien, Palästina und Nord-Kurdistan? Das sind Kriege und Verbrechen, an denen Bundesregierung und Bundestag direkt und indirekt beteiligt sind. Wo ist der laute öffentliche Protest? Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich der Konsensus der akademischen Experten allenfalls auf die Kommentierung der Ereignisse verständigt hat.

Doch es gibt auch Ausnahmen, wenige zwar, aber sie müssen gewürdigt werden, lieber Werner. Und das bist du, ein „Wissenschaftler ohne Mandat“, ein „intellect worker“, der zugleich Intellektueller ist, der seine politische und moralische Verantwortung erkannt und übernommen hat. Meine Referenz an die US-amerikanischen Intellektuellen erleichtert es mir, nicht weitere Hymnen des Lobes auf dich singen zu müssen und dich vor Verlegenheit zu schützen.

Und damit zurück zu deiner Wissenschaft. Es wäre vermessen, jetzt den ganzen Bogen Deiner weitgespannten Forschung und Publikationen zu schlagen. Ich konzentriere mich auf einen Punkt, eine Erkenntnis, von der du mir selbst gesagt hast, dass sie dir noch heute wichtig sei. In deinem Buch „Die neue Welt-UN-Ordnung“ ziehst du das Resümee Deiner Analyse des zweiten Golf-Krieges 1990/91. Du schriebst damals, dass die „Maßnahmen gegen den Irak ein umfassendes und vor allem geschlossenes System“ darstellte. „Von der territorialen Amputation, die den militärischen und kommerziellen Zugang zum Golf blockiert über Deindustrialisierung und Außenhandels- und Finanzkontrolle bis zur teilweisen Übernahme der zivilen Gewalt wurde der Irak in bisher einmaliger Weise entsouveränisiert.“ Das ist nüchtern und zutreffend auf den Punkt gebracht, was nach dem Feldzug der USA zur Befreiung Kuweits vom Irak übrig blieb. Der Krieg war zwar vom Sicherheitsrat gedeckt, aber die Resolution 660 vom 29. November 1990 war alles andere als korrekt zustande gekommen und die Kriegsführung der 24. Infanteriedivision unter General Barry

McCaffrey machte sich schwerer Kriegsverbrechen schuldig, was der Journalist Seymour Hersh später im New Yorker im Detail aufdeckte. Doch die entscheidende Neuerung des Sicherheitsrats, auf die du aufmerksam machen wolltest, war die Resolution 688 vom 5. April 1991. Mit ihr beanspruchte der Sicherheitsrat zum ersten Mal ein „humanitäres Interventionsrecht“, um zum Schutz der kurdischen Bevölkerung im Norden Iraks eine Flugverbotszone einzurichten. Obwohl eine „humanitäre Intervention“ allein durch den Sicherheitsrat entschieden werden kann, die Resolution also formal ganz korrekt war, hast du schon 1994 hellsichtig auf ihre unheilvollen Konsequenzen aufmerksam gemacht. Du schriebst: „Das kaum etablierte Novum „humanitäres Interventionsrecht“ läuft so Gefahr, zur Legitimation eines unilateralen Interventionismus zu verkommen, der in der Folge der Resolution 688 und unter Berufung auf moralische Werte der Sanktionierung durch den Sicherheitsrat nicht mehr bedarf.“ Deine Befürchtung traf zu und die Geschichte der Intervention nahm ihren vorgezeichneten Lauf, den wir schon fünf Jahr später mit dem Überfall der NATO auf Jugoslawien erleben mussten. Obwohl die „humanitäre Intervention“ in der Literatur als Verstoß gegen das Völkerrecht überwiegend abgelehnt und versucht wird, sie durch andere nicht minder abenteuerliche Konstruktionen zu ersetzen, ist sie noch immer nicht aus dem Arsenal der zweifelhaften Kriegsrechtfertigungen verschwunden. Erst jüngst hat sie der Völkerrechtler Claus Kress in der FAZ vor der Gefahr ihrer Bestrafung als „Aggression“ nach dem Römischen Statut zu retten versucht.

Ich möchte mich noch dem Thema Europa zuwenden. Es ist hochaktuell und auch ein Nahostspezialist wie Werner Ruf konnte sich ihm nicht verschließen. Ihm ging es nicht vorwiegend um die bekannten Kernprobleme der Globalisierung, Euro, Sparpolitik, Freihandel, TTIP und CETA, sondern um ein in den Medien weitgehend ausgespartes Thema Frieden und die Aufrüstung der EU zu einer Militärmacht. Noch bis vor kurzem musste ich in meiner intellektuellen Umgebung feststellen, dass die Militarisierung der EU nicht nur unbekannt, sondern gar bestritten wurde. Werner Ruf machte jedoch schon 2004 auf der Sommerakademie auf Burg Schlaining in Österreich, wo er regelmäßiger Gast und Redner war, auf den eklatanten Widerspruch zwischen der Friedenslyrik der EU-Kommission, ihrer Selbstdarstellung auf hohem Koturne und der anfangs eher

versteckten und verklemmten, allmählich aber robusten und selbstüberzeugten Aufrüstung zu einer militärischen Ordnungsmacht in der Welt. „Europa als Kontinent der humanen Werte, der MagnaCharta, der Bill of Rights, der Französischen Revolution, des Falls der Berliner Mauer, Kontinent der Freiheit, der Solidarität, vor allem der Vielfalt, was auch die Achtung der Sprachen, Kulturen und Traditionen anderer einschließt. Die einzige Grenze, die die Europäische Union zieht, ist die der Menschenrechte.“ So spiegelte sich die EU-Kommission im Dezember 2001 auf dem Gipfel von Laeken in geradezu peinlicher Weise in einigen beliebigen Daten der europäischen Geschichte. Der Angelsachse nennt das „windowdressing“. Und der Entwurf für eine Verfassung der EU setzt dieser Geschichtsklitterung dann noch schamlos den scheinheiligen Solidaritäts- und Friedenshut auf : „In der Überzeugung, dass ein nunmehr geeintes Europa auf diesem Weg der Zivilisation, des Fortschritts und des Wohlstands zum Wohl all seiner Bewohner, auch der Schwächsten und der Ärmsten weiter voranschreiten will , dass es ein Kontinent bleiben will, der offen ist für Kultur, Wissen und sozialen Fortschritt, dass es Demokratie und Transparenz des Wesenszüge seines öffentlichen Lebens stärken und auf Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität in der Welt hinwirken will...“ Der völkerrechtswidrige Überfall der europäischen Staaten mit der NATO auf ihren Nachbarn Jugoslawien lag da gerade fünf Jahre zurück.

Du schaust genauer in diesen Verfassungsentwurf, der die Militarisierung der EU als Verfassungsziel festschreiben will. Er verpflichtet die Mitglieder – und das ist einmalig in der Verfassungsgeschichte – zu permanenter Aufrüstung. Sie sollen „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise ... verbessern“ und eine „Agentur für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ einrichten, um die Forschung im Bereich der Verteidigung zu unterstützen. Dem wird man zustimmen müssen, wenn man den Anspruch auf weltweite militärische Intervention akzeptiert, um „Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet,, zu unterstützen. Doch wird man dann auch den alten Plan des Europa der zwei Geschwindigkeiten wiederbeleben, da diese Interventionen nur ad hoc gebildete Koalitionen der Willigen, die „untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind“ ausführen können. So heißt es: „...der Rat (kann) die Durchführung einer Mission einer Gruppe von Mitgliedsstaaten übertragen, die dies wünschen und über die für eine derartige Mission erforderlichen Fähigkeiten verfügen.“ Aber nicht nur dies. Der

Militäreinsatz wird von der Exekutive, dem Ministerrat entschieden, das Europäische Parlament wird nur zu „den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gehört“. Das Parlament „kann Anfragen oder Empfehlungen an den Ministerrat und den Außenminister der Union richten.“ In der wichtigsten Frage über Krieg und Frieden bleibt das Parlament Anhängsel der Exekutive. Ein Verständnis demokratischer Gewaltenteilung, welches sich nicht ohne weiteres aus der Erklärung von Laeken erschließt.

Das Verfassungsprojekt ist zwar gescheitert aber die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern“ ist jetzt in Art. 42 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgeschrieben. Was das bedeutet, präzisiert Protokoll 10 des Vertrages, nämlich die Bereitschaft, Truppen in EU-Kriegseinsätze zu schicken, sich an den wichtigsten EU-Rüstungsvorhaben zu beteiligen und Battlegroups aufzustellen. Diese wurden 2004 beschlossen ebenso wie die schnelle Eingreiftruppe (European Rapid Reaction Force) und die Europäische Verteidigungsagentur (EDA), die die berüchtigten Fähigkeitslücken identifizieren soll, die die effektive Kriegsführung behindern, sowie Rüstungsprojekte EU-weit anregen. Was Werner erst in seinen Anfängen aufspürte, steht heute schon in voller Blüte. Nicht nur, dass der EU-Rüstungshaushalt allmählich auf über 200 Mio. Euro angestiegen ist und die EU-Kommission in ihrem „Verteidigungs-Aktionsplan“ v. Nov. 2016 den „Europäischen Verteidigungsfonds“ vorschlug. Aus dem EU-Budget wie dem Stabilitätsinstrument, dem Forschungs- oder Agrarhaushalt werden zusätzlich mit Milliarden Euro militärrelevante Projekte finanziert wie etwa die Entwicklung von Drohnen oder das Satellitensystem Galileo/Kopernikus. Entwicklungshilfegelder werden zunehmend für Ausbildungseinsätze (EUTM) sowie militärische Ausrüstung abgezweigt und die „zivilmilitärische Zusammenarbeit“, auf die die europäische Konfliktbearbeitung so stolz ist, wird bestimmt etliche Töpfe außerhalb des Rüstungshaushalt finden. Dafür gibt es einen ATHENA genannten Schattenhaushalt. Bestimmt wäre dir auch nicht diese wunderbare „African Peace Facility“ entgangen, wäre sie damals schon bekannt geworden. Seit 2004 wird sie mit 1,9 Mrd. Euro aus dem „Europäischen Entwicklungsfonds“ finanziert, nicht etwa für zivile Friedensprojekte, sondern um den Aufbau afrikanischer Interventionstruppen und

Militäreinsätze der Afrikanischen Union zu finanzieren. Du hättest reiches Material, würdest du dich zu einem update deines Vortrages von 2004 entschließen. Besonders erfreuen würden dich dabei die Worte des EU-Kommissionschefs Jean-Claude Juncker, mit denen er im September 2016 seinen Vorschlag für den Europäischen Verteidigungsfonds ankündigte: „Europa muss Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer Verteidigungspolitik. Eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungsindustrie. Deshalb werden wir noch vor Jahresende einen Europäischen Verteidigungsfonds vorschlagen, der unserer Forschung und Innovation einen kräftigen Schub verleiht.“

Doch unseren Kollegen interessieren mehr die Fragen hinter den Rüstungsprojekten. Ihn verblüfft, „dass Staats- und Regierungschefs wie gerade Chirac und Schröder nun plötzlich zu staatlichen Steuerungsinstrumenten greifen, wenn es um die Herstellung eines europäischen Rüstungskomplexes geht, vertreten doch beide nicht nur Segnungen der neoliberalen Globalisierung und befördern diese nach Kräften durch legislative Deregulierung.“ Und weswegen bauen sie damit eine so offensichtliche Rivalität zu den USA auf? Letztlich handele es sich nicht um einen Konflikt zwischen der US-geführten NATO und der EU, sondern um die Rivalität zwischen den USA und der Achse Berlin-Paris. Frankreich träume von einer Rückkehr in eine Großmachtrolle mit Hilfe Deutschlands. Und auch Berlin träume von einer Großmachtrolle, „um sich der militärischen Fesseln des Grundgesetzes und des 2+4-Vertrags zu entledigen.“

Diese militärische Rivalität, bei der die EU niemals die „gleiche Augenhöhe“ erreichen wird, ist ja nicht nur dir aus vielen Gründen schwer verständlich. Dir geht es darum, ein Zivilmachtkonzept zur Grundlage der Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu machen, die ihrer eigenen Geschichte als wirtschaftliche und Handlungsmacht entspricht. Welches sind die Kernelemente einer solchen Zivilmacht? In Stichworten: Im Zentrum müssen die Vereinten Nationen stehen, in deren Vollversammlung die EU-Staaten über einen Block von 27 Staaten und im Sicherheitsrat von zwei ständigen Mitgliedern mit Vetomacht verfügen. Stärkung ihrer Effizienz, ja endlich Erfüllung der Artikel 45 und 47 der UNO-Charta, das heißt Unterstellung eines Teils ihrer Truppen unter das Oberkommando eines Generalstabs beim Sicherheitsrat. Sodann politische Eigenständigkeit der

EU gegenüber den USA im Nahostkonflikt, um endlich einen palästinensischen Staat Realität werden zu lassen. Eine echte Entwicklungspolitik mit dem Ziel der Konfliktprävention und die Durchsetzung einer auf alle, auch die sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte, und an Demokratie orientierte Politik, „wie sie bereits in der europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte von 2004 festgeschrieben ist“.

Lieber Werner, wärest du Staatssekretär im Verteidigungsministerium oder Auswärtigen Amt, könnte ich Hoffnung schöpfen. Da ich aber Realist bin wie Du, muss ich leider auch einem Deiner letzten Sätze zustimmen: „Mittlerweile aber erscheint das Konzept von der Zivilmacht eher als Traum, die Weichen sind in Richtung der Rückkehr zur alten Schablone des Krieges als Mittel der Politik gestellt.“

Es ist aber nun ein altes Gebot der Rhetorik, nie eine Rede mit dem Negativen, dem Eingeständnis des Vergeblichen oder einer Niederlage zu beenden. Nein, man erhebe den Ausblick ins Positive und wenn schon nicht mit der Perspektive einer Revolution, so doch des künftigen Fortschritts.

Dazu brauche ich nur dich anzuschauen. Du hast jene erstaunliche Widerstandsfähigkeit und Zähigkeit trotz der unendlichen Misere der Orte und Regionen, mit denen du dich täglich beschäftigst, die nur aus einem tiefen weltgeschichtlichen Optimismus verständlich werden. Der Blick auf Trump und Netanjahu, um nur zwei aus einer Vielzahl dunkler Figuren zu nennen, vermag einen nur dann nicht in die Resignation oder Rentnerdämmerung zu treiben, wenn man sie sub specie aeternitatis, wie es so schön heißt, betrachtet: als vorübergehenden Unfall im Lauf der ewigen Geschichte, den es so schnell wie möglich zu überwinden gilt. Das ist eine Aufgabe, die Dich bestimmt – leider – noch etliche Jahre fordern wird. Schon im eigenen Interesse wünschen wir Dir dafür eine robuste Gesundheit und einen nicht versiegenden Optimismus, um mit den Worten von Paul A. Baran „die Hindernisse zu überwinden, die den Weg zu einer besseren, humaneren und rationaleren sozialen Ordnung versperren“.